

"Ich bin von diesem Modell zutiefst überzeugt" : Daniel Burri ist Präsident des bürgerlichen Genossenschaftsverbands "Wohnen Schweiz"

Autor(en): **Burri, Daniel / Liechti, Richard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **85 (2010)**

Heft 12

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-170404>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Daniel Burri ist Präsident des bürgerlichen Genossenschaftsverbands «Wohnen Schweiz»

«Ich bin von diesem Modell zutiefst überzeugt»

Die beiden Genossenschaftsverbände SWE und VLB haben sich zusammengeschlossen. Unter dem Namen «Wohnen Schweiz» will der neue Verband im bürgerlichen Lager für die Sache des gemeinnützigen Wohnungsbaus kämpfen. Mit dem SVW, der die grösste Kraft im Schweizer Baugenossenschaftswesen bleibt, wünscht man sich eine enge Zusammenarbeit. Das sagt Daniel Burri, Präsident von «Wohnen Schweiz».

Wohnen: Herr Burri, Sie sind Oberstaatsanwalt des Kantons Luzern, beschäftigen sich also mit der Verfolgung von Vergehen und Verbrechen. Da stellt sich natürlich die Frage: Woher die Affinität zu den Baugenossenschaften?

Daniel Burri: Tatsächlich bin ich von Kindesbeinen an mit dem gemeinnützigen Wohnungsbau verbunden, da ich in einer Wohnung der Liberalen Baugenossenschaft Sternmatt-Tribschen in Luzern aufgewachsen bin. Nach meiner Studienzeit wohnte ich wiederum bei dieser Genossenschaft – und erhielt die Anfrage, ob ich im Vorstand mitarbeiten würde. Mittlerweile bin ich dort seit fast zwanzig Jahren Präsident. Über dieses Amt kam es später zum Präsidium des Dachverbands der liberalen Baugenossenschaften. Sie haben recht: Meine Berufstätigkeit in der Strafverfolgung ist in der Tat ein völlig anderes Feld. Der gemeinnützige Wohnungsbau ist eher ein Steckenpferd, doch es ist auch eine Herzensangelegenheit, denn ich bin von diesem Modell zutiefst überzeugt.

Eben dieser Schweizerische Verband Liberaler Baugenossenschaften (VLB) hat sich nun mit dem Schweizerischen Verband für Wohnungsbauförderung (SWE) zusammengeschlossen. Wie kam es zu diesem Schritt?

Dafür gibt es mehrere Gründe. Es ist kein Geheimnis, dass die beiden Genossenschaftsverbände über zu knapp bemessene Ressourcen verfügten, um alle Leistungen anzubieten, die eigentlich nötig gewesen wären. Gleichzeitig wiesen beide Verbände ähnliche Strukturen und eine ähnliche Grösse auf, beide waren in der Innerschweiz stark und arbeiteten schon bisher eng zusammen. Den Ausschlag für das Zusammengehen gab schliesslich ein gewisser Druck, den das Bundesamt für Wohnungs-

wesen (BWO) über den Leistungsauftrag ausübte – das darf man ruhig zugeben.

Welche Differenzen galt es zu überbrücken?

Zu nennen ist hier einerseits die historisch bedingte unterschiedliche Ausrichtung im bürgerlichen Lager, liberal-freisinnig beim VLB, CVP-orientiert beim SWE. Natürlich hat das Parteipolitische heute weniger Bedeutung, doch die Leitungen der Verbände waren eben traditionell aus dem jeweiligen Lager besetzt. Daneben gab es auch unterschiedliche Modelle und Ansichtsweisen. So war der VLB dezidiert der Meinung, dass es eine Geschäftsstelle brauche, während der SWE über ein reines Mandatsystem funktionierte. Wir haben uns nun auf ein Geschäftsstellenmodell geeinigt, wobei wir Geschäftsführer und Sekretariat des VLB übernehmen, aber von Kriens an den bisherigen SWE-Sitz nach Luzern verlegen.

Sie sind zum Präsidenten des neuen Verbands «Wohnen Schweiz» gewählt worden. Welche Ziele verfolgen Sie?

Zunächst geht es darum, die Kräfte, die bei beiden Verbänden vorhanden sind, zu bündeln und mit neuem Schwung und Tatendrang gänzlich neu zu starten. Es soll nicht so sein, dass einfach alles Bestehende zusammengenommen und weitergeführt wird. Vielmehr wollen wir den Verband neu positionieren. Unser Hauptziel ist, dass der gemeinnützige Wohnungsbau im bürgerlichen Lager mehr Unterstützung erhält. Wenn es um die Gesetzgebung oder um Fördermittel geht, wollen wir Lobbyarbeit leisten und unseren Teil beitragen, damit die Anliegen der Wohnbaugenossenschaften stärker durchdringen.

Trotz bürgerlicher Ausrichtung sind Sie klar für staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt.

Ja, auch als Bürgerlicher stehe ich dafür ein, dass die öffentliche Hand hier unterstützend eingreift, sei es über Fördergelder des Bundes, sei es über raumplanerische Instrumente, zum Beispiel bei den Gemeinden durch Einzonungen mit Auflagen oder durch Zonenpläne mit speziellen Bestimmungen. Der gemeinnützige Wohnungsbau kann seine Aufgabe nämlich nur noch erfüllen, wenn er als Player auf dem Wohnungsmarkt gestärkt wird. Bei den heutigen Baulandpreisen, besonders in attraktiven Wohngebieten, haben Baugenossenschaften keine Chance, an bezahlbares Bauland zu kommen. Gerade steuergünstige Gemeinden müssen sich jedoch bewusst sein, dass sie die Leistungen der Baugenossenschaften nicht einfach abrufen können, ohne auch etwas zu geben. Der Nutzen, den wir diesen Gemeinden bieten – nämlich die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum –, ist offensichtlich. Für mich hat die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus deshalb nichts mit Links-Rechts-Denken zu tun, sondern entspricht einem Anliegen zugunsten des Gemeinwohls, das umgesetzt werden muss.

Nur hat die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus gerade bei Ihrer Partei, der FDP, kaum Rückhalt.

Es gibt da eine gewisse Widersprüchlichkeit auf der bürgerlichen Seite. Einerseits schätzt man die Leistungen für die Wohnraumversorgung, die wir erbringen. Andererseits hat man Mühe mit regulatorischen Eingriffen. Man kann aber das eine nicht ohne das andere haben. Und das wollen wir der bürgerlichen Seite verständlich machen. Dabei haben wir auch viele gemeinsame Anliegen. So ist es sicher sinnvoll, das Potenzial an Umnutzungen, verdichtetem Bauen und Ersatzneubauten auszunutzen – umso mehr, als die wenigen grünen Wiesen in

“

Für mich hat das nichts
mit Links-Rechts-Denken
zu tun.

”



“

Wir müssen unsere Leistungen noch besser herausstreichen.

”



Die Spitze des neuen Verbands:
Daniel Burri, Präsident; Martin Schwegler,
Vizepräsident; Rudolf Baranzelli,
Geschäftsführer.

städtischen Gebieten als Erholungsraum nicht überbaut werden sollten. Es gibt in vielen Städten auch eine Überregulierung, die zurückgeführt werden muss: zu viele Bauvorschriften, übertriebene Unterschutzstellungen und unnötige Auflagen.

Lobbyarbeit betreiben die Genossenschaftsverbände über den gemeinsamen Wohnbund schon seit einigen Jahren.

Wir müssen unsere Leistungen noch besser herausstreichen. Für viele bürgerliche Politiker ist gemeinnütziger Wohnungsbau immer noch vor allem sozialer Wohnungsbau. Dabei handeln Baugenossenschaften unternehmerisch, lösen riesige Investitionen aus, bringen aber auch ausgezeichnete Architektur hervor und sind in Nachhaltigkeitsbelangen vorbildlich. Ich bin felsenfest überzeugt: Wenn wir den riesigen Mehrwert aufzeigen können, den Baugenossenschaften bieten, gewinnen wir auch weitere namhafte bürgerliche Politiker für unsere Sache. Das beste Beispiel ist für mich der Raum Zürich, wo der gemeinnützige Wohnungsbau besonders gut verankert ist und auch im bürgerlichen Lager viel Rückhalt geniesst.

Wenn Baugenossenschaften nach ihrem Zielpublikum gefragt werden, fällt oft der Begriff

«Mittelstand». Andere haben es auf dem Wohnungsmarkt aber noch schwieriger. Wie stehen Sie zum sozialen Auftrag der Baugenossenschaften? Oder anders gefragt: Für wen sollen Genossenschaften bauen?

Ja, wir haben eine soziale Verantwortung. Ich bin aber der Meinung, dass das Angebot möglichst breit sein soll. Die kleinen Baugenossenschaften, die wir in unserem Verband vor allem haben, richten sich tatsächlich meist an den Mittelstand. Daneben sollte man auch spezielle Gruppierungen berücksichtigen – Bedürftige, Betagte, Studenten, da gibt es viele Modelle und Ideen. Eine kleine bestehende Genossenschaft kann dies nicht alles erfüllen, deshalb sollte man auch wieder den Mut zu Neugründungen oder Zusammenschlüssen haben. Zum breiten Mix gehört für uns auch genossenschaftliches Wohneigentum.

Wie bedeutend ist dieses Segment?

Wir haben einige Genossenschaften, die Eigentum anbieten. Wir sind der Meinung, dass es das auch braucht, weil die Nachfrage sehr gross ist. Wenn man einer Familie ein Eigenheim ermöglicht, ist dies sinnvoll und schafft lokale Verbundenheit.

Ich sehe zwei Probleme. Gerade an guten Lagen können die günstig abgegebenen Eigenheime teuer weiterverkauft und damit zur Spekulation missbraucht werden.

Das habe ich so noch nie erlebt. Die Wohnungen wurden durchwegs an Leute vergeben, die dort auch lange lebten. Im Übrigen könnte ein limitiertes Vorkaufsrecht zu Gunsten der Genossenschaft einer möglichen Spekulation Vorschub leisten.

Andererseits sind diese Wohnungen für den Bestand an gemeinnützigem Wohnraum verloren.

Das ist richtig. Für mich steht deshalb der klassische gemeinnützige Mietwohnungsbau, wo der Mieter Genossenschaftsmitglied ist, klar im Vordergrund. Dort kommen die vielfältigen Vorteile des Genossenschaftsmodells am besten zum Tragen.

Sie haben es erwähnt: Verschiedene steuer-günstige Gemeinden haben den gemeinnützigen Wohnungsbau wiederentdeckt, weil sie nicht zu «Reichenghetts» werden wollen. Nur: Ist die Entwicklung im Kanton Zug, am Vierwaldstätter- oder am Zürichsee überhaupt zu stoppen? Sind die einzelnen Siedlungen, deren Bau dank der Förderung möglich wird, nicht bloss ein Tropfen auf den heissen Stein? Umso mehr, als die neuen Wohnungen auch nicht gerade billig sind.

Diese Entwicklung zeigt, dass man im bürgerlichen Lager die Schwächen der steuer-günstigen Gemeinden mit ihrer einseitigen

Zur Person

Daniel Burri (48) ist Jurist mit Anwaltspatent. Er ist seit zwanzig Jahren in der Strafverfolgung tätig, zunächst als Amtsstatthalter (Untersuchungsrichter), danach als Staatsanwalt. Seit fünf Jahren ist Daniel Burri leitender Staatsanwalt des Kantons Luzern, per 1.1.2011 hat ihn das Kantonsparlament in die neue Funktion eines Oberstaatsanwalts gewählt. Seine Partei, die FDP, vertrat er mehrere Jahre im Grossen Stadtrat. Daniel Burri ist langjähriger Präsident der Liberalen Baugenossenschaft Sternmatt-Tribtschen und führte den Schweizerischen Verband Liberaler Baugenossenschaften (VLB) bis zu dessen Zusammenschluss mit dem Schweizerischen Verband für Wohnbau- und Eigentumsförderung (SWE). An der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 22.11.2010 genehmigten die beiden Verbände die Fusion rückwirkend per 1.8.2010 und wählten Daniel Burri zum Präsidenten. Daniel Burri ist verheiratet, hat drei Töchter und lebt in Luzern.

Bevölkerungsentwicklung erkannt hat. Denn es sind auch bürgerliche Politiker, die nun Gegensteuer geben, zum Beispiel im Kanton Zug oder in der Luzerner Gemeinde Meggen. Wie günstig diese Wohnungen werden, muss sich weisen – günstiger als der teure freie Markt sicher. Es geht darum, einen Anfang zu machen. Für Bedürftige oder Studenten wird man in diesen Gemeinden kaum bauen können. Wenn es jedoch gelingt, wieder Familien mit Durchschnittseinkommen anzusiedeln, ist schon viel erreicht.

Der sinkende Marktanteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus liegt nicht nur am teuren Bauland, sondern auch daran, dass viele Genossenschaften nicht mehr bauen. Das gilt namentlich für kleinere, eher ländliche Baugenossenschaften, wie sie in Ihrem Verband stark vertreten sind. Was werden Sie unternehmen, um diese Mitglieder zu «reaktivieren»?

Bei kleineren Baugenossenschaften liegt dies oft an strukturellen Problemen, etwa überalterten Vorständen. Diese Nachfolgeprobleme kann man zum Beispiel über das Weiterbildungsangebot der Verbände angehen, insbesondere den Managementlehrgang. Auch Zusammenschlüsse können sinnvoll sein. Tatsächlich gibt es in manchen Dörfern in der Innerschweiz je eine «SWE-Genossenschaft» und eine «VLB-Genossenschaft», wo man sagen kann: Die könnten auch zusammengehen und wären

dann von der Grösse her eher in der Lage, etwas auszulösen. Verordnen wollen wir das nicht, aber Anreize dafür schaffen und solche Bemühungen unterstützen.

«Wohnen Schweiz» positioniert sich als der bürgerliche Genossenschaftsverband. Ich habe den Verdacht, dass es dabei auch um eine Abgrenzung vom Schweizerischen Verband für Wohnungswesen (SVW) geht, um eine Legitimation für die Existenz eines zweiten Genossenschaftsverbands. Dabei ist der SVW parteipolitisch unabhängig, und die Ziele der Verbände decken sich vollständig. Beide richten ihr Handeln nämlich an derselben Charta aus.

Es geht uns keineswegs darum, eine Konkurrenzsituation zum weit grösseren SVW aufzubauen oder gar um eine politische Kampfansage. Wir haben diese Abgrenzung einzig deshalb gewählt, weil wir uns im bürgerlichen Lager vernetzen wollen. Das heisst: Wir wollen keine Parteipolitik über den gemeinnützigen Wohnungsbau betreiben, sondern vielmehr bei den bürgerlichen Parteien quasi die Reihen für die Sache der Gemeinnützigen schliessen. Dazu braucht es ein klares bürgerliches Gesicht, eine ein-

«Wohnen Schweiz» und SVW im Vergleich

	Wohnen Schweiz	Schweizerischer Verband für Wohnungswesen (SVW)
Anzahl Mitglieder	450	1000
Anzahl Wohnungen	26 000	137 000
Geschäftsstelle	Luzern	Zürich
Präsident	Daniel Burri	Louis Schelbert
Geschäftsführer/Direktor	Rudolf Baranzelli	Stephan Schwitter
Homepage	www.wohnen-schweiz.ch	www.svw.ch

deutige Position, denn nur so sind wir für diese Parteien attraktiv.

Trotz Fusion ist «Wohnen Schweiz» immer noch ein kleiner Verband. Hätte der Zusammenschluss mit dem SVW nicht doch mehr Sinn gemacht? Dann gäbe es einen einzigen, gewichtigen Ansprechpartner, der das ganze politische Spektrum abdeckt.

Wir haben das diskutiert, sind aber überzeugt, dass man strategisch mit zwei Organisationen besser fährt – getreu dem Motto: getrennt marschieren, gemeinsam schlagen. Wir wollen also keinen Einheitsver-

band, verfolgen aber das Ziel, noch enger mit dem SVW zusammenzuarbeiten. Dies tun wir heute schon auf verschiedenen Gebieten: in der Weiterbildung, im Wohnbund oder mit dem jährlichen Genossenschaftsforum in Luzern – und profitieren dabei auch von den Leistungen des SVW. Auf keinen Fall sollte nun passieren, dass sich die beiden Verbände nur noch misstrauisch beobachten. Nein, wir verfolgen die gleichen Ziele, müssen zusammenstehen und uns gegenseitig unterstützen. ☰

Interview: Richard Liechti

Anzeige

William Thomson
1. Baron Kelvin
1824 - 1907

Einladung zu einem Treffen mit Lord Kelvin

Wenn Sie sich bei 300 Grad in der Wohnung wohlfühlen, verwechseln Sie wahrscheinlich Celsius mit Kelvin. Und wenn Sie wenig Lust an komplizierten Formeln haben, wenden Sie sich am besten an Handwerker wie uns.

Denn als Spezialisten für heizungstechnische Installationen und wärmetechnische Anlagen kümmern wir uns darum, damit Sie überall auf die Temperatur treffen, die Sie sich wünschen.

Seit 50 Jahren betrachten wir uns als Handwerker, die auch gerne auf Technik setzen, wenn unsere Kunden, das Budget und die Umwelt davon profitieren.

Wir schätzen unser feines Handwerk. Davon sollen auch Sie profitieren.

ammann+ SCHMID AG

Freiestrasse 39 • CH-8610 Uster
Tel. 043 399 25 99 • www.ammann-schmid.ch